

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Hamburg**



Kreis Harburg

Kreisdelegiertenversammlung 24. September 2022

Antragsbuch KDV 24.09.2022

Antragsbuch SPD Kreis Harburg 24.09.2022

Julius-Ludowieg-Str. 9
21073 Hamburg
Tel. +49 (40) 772 482
E-Mail: harburg@spd-hamburg.de

10 **Obergrenze für Bereitstellungszinsen der KfW und anderer
darlehensgebender Finanzierungsinstitute – Bereitstellung darf nicht teurer
sein als Finanzierung**

Antrag SPD Neugraben-Fischbek über die Kreisdelegiertenversammlung Harburg an den Landesparteitag der SPD Hamburg und an den Bundesparteitag der SPD

15 **Beschluss**

Landesparteitag: Der Senat der Freien und Hansestadt wird aufgefordert über die Hamburgische Investitions- und Förderbank, sowie als Anteilseigner der KfW auf diese einzuwirken, dass Bereitstellungszinsen nicht über den aktuellen Marktzinsen bei alternativer Anlage vereinnahmt werden, maximal jedoch bis zur Höhe des vereinbarten Effektivzinses des die Bereitstellungszinsen begründenden Darlehens.

Bundesparteitag: Die SPD setzt sich dafür ein, dass Bereitstellungszinsen nicht über den aktuellen Marktzinsen bei alternativer Anlage vereinnahmt werden, maximal jedoch bis zur Höhe des vereinbarten Effektivzinses des die Bereitstellungszinsen begründenden Darlehens. Dabei nutzt sie ihre Regierungsverantwortung im Bund als 80%ige Anteilseignerin der KfW sowie ihre Regierungsverantwortung in den Ländern als 20%ige Anteilseigner der KfW.

Analoge Regelungen sollen auch für alle anderen kreditgewährenden Institute angestrebt werden, unabhängig davon, ob sie in öffentlicher oder privater Hand sind.

Begründung

30 Die KfW-Gruppe ist als Anstalt öffentlichen Rechts die weltweit größte nationale Förderbank sowie nach Bilanzsumme die drittgrößte Bank Deutschlands. Vorsitzender des Verwaltungsrats ist der Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Das Kapital der KfW wird zu vier Fünfteln von der Bundesrepublik Deutschland und zu einem Fünftel von den Bundesländern gehalten.

35 Die KfW bietet im Bereich Bauen, Wohnen, Energiesparen ein breites Spektrum an Programmen, die zur Finanzierung von Investitionen in Wohnimmobilien dienen. Förderzwecke sind die Schaffung von Wohneigentum durch Wohneigentumsprogramme, die energetische Gebäudesanierung, das Modernisieren von Wohnraum, die Errichtung von sparsamen Neubauten, die Umstellung der Heizungsanlage auf erneuerbare Energien sowie Photovoltaikanlagen.

In Hamburg werden die KfW-Darlehen über die IFB Hamburgische Investitions- und Förderbank (Anstalt öffentlichen Rechts) abgewickelt.

- 40 Vorsitzende des Verwaltungsrats der Hamburgischen Investitions- und Förderbank ist die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Mit den zinsgünstigen Darlehen ist die KfW ein Motor für die Schaffung von Wohnraum. So liegen die Effektivzinsen zum Beispiel im Programm ‚Energieeffizientes Bauen (153)‘ bei 0,75%.

- 45 Dieser Zinssatz ist jedoch nur für den abgerufenen Darlehensbetrag gültig. Für noch nicht abgerufene Darlehensbeträge gilt ein Zinssatz von 0,25% pro Monat, also ein Jahreszins von 3%. Während bis April 2018 noch eine bereitstellungszinsfreie Zeit von 12 Monaten galt, ist diese Zeit seitdem auf 6 Monate halbiert. Schon dies ist eine Schlechterstellung der Darlehensnehmer gewesen.

Zusätzlich ist mit 3% Jahreszins ein Zins vereinbart, der das Vierfache des effektiven Jahreszins von 0,75% im Jahr beträgt.

- 50 Der Bereitstellungs-zins soll die dem Institut entgehenden Zinsen kompensieren, da im Bereitstellungszeitraum keine Anlage am Kapitalmarkt erfolgen kann. In Zeiten, in denen jedoch der Zins derart niedrig ist, beziehungsweise sogar Strafzinsen für institutionelle Anleger vereinnahmt werden, ist dies nicht zu rechtfertigen.

In einfacher Sprache:

- 55 Wer ein Haus baut oder kauft, leiht sich bei einer Bank Geld. Das muss zurückgezahlt werden. Und man muss auch Zinsen bezahlen. Also zahlt man mehr zurück, als man bekommen hat.

Wer das Geld nicht innerhalb einer bestimmten Zeit ausgibt, muss auch dafür Zinsen bezahlen. Das Geld steht ja bei der Bank bereit. Es kann jederzeit genommen werden. Diese Zinsen nennt man Bereitstellungs-zinsen.

- 60 Hamburg hat eine eigene Förderbank. Das ist die IFB. Hier kann man Kredite der KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau bekommen. Die KfW gehört Deutschland und den Bundesländern. Hier bekommt man günstige Kredite, um bauen und modernisieren zu können.

Jetzt sind die normalen Zinsen niedrig. Manche nur bei 0,75 % im Jahr. Aber der Bereitstellungs-zins beträgt 3 % im Jahr. Das ist viel zu viel.

- 65 Man muss das Geld in den ersten 6 Monaten nehmen. Danach muss man die Zinsen zahlen. Auch wenn man das Geld noch gar nicht genommen hat. Das war früher erst nach 12 Monaten. Früher waren die Bereitstellungs-zinsen auch viel niedriger als der normale Zins. Das hat sich geändert. Der normale Zins ist immer niedriger geworden. Die Bereitstellungs-zinsen sind aber gleich geblieben.

Hamburg soll das wieder ändern. Der Bereitstellungs-zins soll nicht höher sein, als der normale Zins.

- 70 Bei allen Banken.

10 **Mehr Sicherheit durch erhöhten Berührungsschutz – Änderung Hamburgische Bauordnung (HBauO)**

Antrag SPD Neugraben-Fischbek über die Kreisdelegiertenversammlung Harburg an den Landesparteitag der SPD Hamburg

Beschluss

15 Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg setzen sich für die Ergänzung der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) ein, die einen verpflichtenden Einbau von Steckdosen mit integriertem erhöhten Berührungsschutz vorsieht. Diese sind ab Gültigkeit der geänderten Bauordnung verpflichtend in allen Neubauten (zu Wohnzwecken, Schulen, Kindertageseinrichtungen und vergleichbaren Einrichtungen) und bei deren grundlegenden Sanierungen zu verwenden. Bei
20 Bestandsgebäuden ist eine Übergangsfrist zur Nachrüstung vorzusehen, die bei Mieträumen kürzer, bei selbstgenutztem Eigentum länger sein kann. Ferner werden städtische Wohnungsbauunternehmen aufgefordert, die Nachrüstung umgehend und vor Ablauf der Übergangsfristen vorzunehmen.

Begründung

25 SCHUKO-Steckdosen mit integriertem erhöhten Berührungsschutz („Shutter“) verringern das Risiko, dass Kinder mit spannungsführenden Teilen in Berührung kommen können. Erhöhter Berührungsschutz gemäß DIN VDE 0620-1 ist daher eine kostengünstige Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit im Haushalt.

30 Bei Neubauten ist dies mit sehr geringen Mehrkosten umzusetzen. Leider wird dennoch häufig auf den Einbau verzichtet. Während bei selbstgenutztem Eigentum hier der Bauherr diese Entscheidung für sich selber trifft, haben Mieter zumeist keine Einflussmöglichkeit auf den Einbau. Daher sind insbesondere diese – vergleichbar mit dem verpflichtenden Einbau von Brandschutzmeldern – über eine verbindliche Regelung in den Bauordnung besonders zu schützen.

In einfacher Sprache:

35 Steckdosen sind eine Gefahr für Kinder. Damit sie keinen Stromschlag bekommen, müssen Steckdosen sicher sein. Dafür gibt es Kindersicherungen. Manche davon kann man einkleben. Andere sind schon in der Steckdose fest eingebaut. Die sind besser. Die können nicht rausfallen.

40 In vielen Wohnungen gibt es keine Kindersicherung. Das ist schlecht. In allen Mietwohnungen sollen solche Kindersicherungen sein. Bei Neubau sofort. Bei bereits bestehenden Wohnungen innerhalb einer bestimmten Zeit.

Das soll in der Hamburgischen Bauordnung stehen. Die Bauordnung sagt, wie in Hamburg gebaut werden muss.

10 **Erziehungsleistungsrente statt Mütterrente - Übertragung von
Erziehungszeiten flexibilisieren**

Über die Kreisdelegiertenversammlung Harburg an den Landesparteitag der SPD Hamburg zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beschluss:

- 15 1. Die Übertragung von Erziehungszeiten auf die Person, welche die Erziehung vorrangig
übernommen hat, ist bis zum Bezugsbeginn der Rente jederzeit und unbegrenzt
rückwirkend möglich. Dazu bedarf es der übereinstimmenden Erklärung von Mutter und
Vater. Diese Regelung gilt auch unbefristet rückwirkend.
- 20 2. Erziehungszeiten werden künftig im Normalfall zu gleichen Teilen Vater und Mutter
zugerechnet. Eine Übertragung im Sinne von Punkt 1. ist möglich.

Begründung:

- Erziehungszeiten werden im Normalfall der Mutter zugeordnet. Sofern Erziehungszeiten dem Vater zugeordnet werden sollen, ist eine übereinstimmende Erklärung beider Elternteile erforderlich. Dies ist jedoch nur für zukünftige Erziehungszeiten und rückwirkend für bis zu zwei Monate möglich.
- 25 Dieser sogenannte Normalfall soll gewährleisten, dass die Erziehungszeit als gesellschaftliche
Aufgabe nicht zu einer Schlechterstellung der Frau durch geringere Zeiten der Berufstätigkeit führt.
Dies entspricht jedoch einem veralteten Familien- und Berufsbild. Inzwischen nehmen immer mehr
Väter die Erziehungsaufgaben gleichberechtigt oder sogar vollständig wahr, während die Mütter
einer Berufstätigkeit nachgehen. Diese gewünschte Änderung der Aufgabenteilung in der Familie
30 wird jedoch durch das geltende Verfahren behindert. Die wenigsten Väter und Mütter wissen um die
Einschränkungen bei der Übertragung. Während der Zeit der Familiengründung ist der Eintritt in das
Rentenalter – naturgemäß – zumeist in weiter Ferne. Zu einer Zeit, in der sich die Familien jedoch
Gedanken um die jeweilige Altersrente machen, ist es nicht mehr möglich, eine Übertragung
vorzunehmen. Das ist eine nicht gerechtfertigte Benachteiligung von Familien, die von dem
35 klassischen Rollenbild absichtlich abweichen und stellt eine Geschlechterdiskriminierung dar.

In einfacher Sprache:

40 Wer Kinder erzieht hilft allen Menschen in unserer Gesellschaft. Aber oft geht deshalb die Mutter nicht arbeiten. Hierfür bekommt sie automatisch vom Staat eine Gutschrift für die Rente. Drei Jahre für jedes Kind. So als wäre sie arbeiten gegangen.

Manchmal bleiben aber die Väter zu Hause und erziehen die Kinder. Das ist auch gut so. In jeder Familie kann man das frei entscheiden. Dann gehen die Mütter arbeiten.

45 Dann können auch die Väter die drei Jahre gutgeschrieben bekommen. Aber sie müssen das beantragt. Das geht nur bis das Kind 3 wird. Und auch nicht nachträglich. Sonst bekommt automatisch die Mutter diese Gutschrift. Das ist nicht gut. Viele wissen das überhaupt nicht. Dann haben die Väter die Erziehung gemacht. Sie bekommen aber weniger Rente. Das merkt man erst viel später. Oder gar nicht. Man denkt ja als junge Familie noch gar nicht an die Rente.

Das soll anders werden. Mütter und Väter sollen gemeinsam entscheiden, wer die Gutschrift bekommt. Das kann auch später gemacht werden.

5

10 **Diakritische Zeichen und erweitertes Alphabet in Publikationen und Wahlkampf.**
Breve und Cedille: Æ und Ø der sprachlichen Gleichbehandlung.

Über die Kreisdelegiertenversammlung Harburg an den Landesparteitag der SPD Hamburg zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

15 **Beschluss**

Die SPD Deutschland und die SPD Hamburg werden innerhalb der Corporate Designs bei Publikationen – insbesondere im Wahlkampf – nur noch Schriftarten einsetzen, die über die wesentlichen diakritischen Zeichen und Erweiterungen des Zeichensatzes verfügen, um allen Kandidierenden die korrekte Darstellung ihres Namens zu ermöglichen.

20 **Begründung**

Diakritische Zeichen oder Diakritika sind an Buchstaben angebrachte kleine Zeichen wie Punkte, Striche, Häkchen, Bögen oder Kreise, die eine vom unmarkierten Buchstaben abweichende Aussprache oder Betonung anzeigen und die dem Buchstaben über- oder untergesetzt, aber auch vor- oder nachgestellt sind und in einigen Fällen durch den Buchstaben gehen.

25 Im deutschen Alphabet gibt es als diakritische Zeichen lediglich die Umlaut-Punkte (in ä, ö, ü). Die deutschen Umlautpunkte entstanden aus einem über a, o oder u geschriebenen kleinen e.

Viele unserer Genossinnen und Genossen tragen Namen, die alleine mit dem deutschen Alphabet nicht korrekt dargestellt werden können. Wenn diese für unsere Partei um Ämter kandidieren, sind sie jedoch oft darauf angewiesen, auf das deutsche Alphabet zurückzugreifen, da die in des
30 Designregeln vorgegebenen Schriftarten nicht über einen entsprechend erweiterten Zeichensatz verfügen. Hier wäre es ein Leichtes, nur noch Zeichensätze zu verwenden, die eine korrekte Darstellung erlauben. Der Typographie den Vorrang vor dem Menschen zu geben, ist nicht angemessen. Bei Bedarf kann ein Zeichensatz zur Verwendung auch um entsprechende Zeichen ergänzt werden.

35 **In einfacher Sprache:**

Die Menschen in Deutschland stammen aus vielen Ländern. Manche leben schon seit Generationen hier. Ihre Namen haben manchmal Buchstaben, die es im deutschen Alphabet nicht gibt. Da sind dann auch zusätzliche Zeichen über oder unter den Buchstaben. Das sieht dann so aus: ã, ç, ę.

40 Wenn sie gewählt werden wollen, so machen sie auch Wahlkampf-Werbung. Da steht dann auch der Name auf Plakaten. Der soll richtig geschrieben werden. Deshalb sollen dafür nur Schriften benutzt werden, bei denen das auch geht.

Aufwandsentschädigungen transparent machen

10

Antrag SPD Neugraben-Fischbek über die Kreisdelegiertenversammlung Harburg an den Landesparteitag der SPD Hamburg

Beschluss

15

1. Die SPD Hamburg soll alle von der Partei gezahlten Aufwandsentschädigungen für Ehrenämter für Mitglieder einsehbar machen.
2. Die SPD Hamburg soll sich dafür einsetzen, dass in der Bundes-SPD eine Möglichkeit für Mitglieder geschaffen wird alle von der Partei gezahlten Aufwandsentschädigungen für Ehrenämter einzusehen.
3. Die SPD Hamburg soll sich dafür einsetzen, dass die Bundes-SPD auf eine Vereinheitlichung der gezahlten Entschädigungen hinwirkt.

20

Begründung

Vor einigen Monaten gab es eine öffentliche Mediale Debatte zu den Entschädigungen der beiden SPD Vorsitzenden. Die gezahlten Entschädigungen an die beiden wurden als außergewöhnlich hoch empfunden.

25

Auf Nachforschung hin hat sich dies als falsch herausgestellt, denn ähnliche Summen sind wohl schon vorher gezahlt worden, jedoch fluktuieren diese nach jeder Vorsitzendenwahl. Es ist zudem nicht zuverlässig möglich die Höhe von Entschädigungen zu erfahren, da diese nirgendwo festgelegt zu sein scheinen und nur wenige Distrikte im eigenen Internetauftritt ihre eigenen angeben.

30

Um die finanzielle Integrität der Partei sicherzustellen ist es daher angebracht, dass jedes Mitglied das Recht und die Möglichkeit haben sollte die Entschädigungszahlungen der einzelnen Gliederungen der SPD einzusehen. Zudem sollte im Besonderen die finanzielle Entschädigung des Bundesvorstands nicht nur den Mitgliedern sondern auch der Öffentlichkeit vorgelegt werden damit diese sich ein Urteil über deren Beträge machen können. Wie für Beschäftigte der SPD sollte auch für Ehrenamtliche eine Tarifordnung gelten nach welcher die Entschädigung der Ehrenämter einheitlich geregelt ist.

35

5

Schnellbahnausbau im Hamburger Süden jetzt voranbringen

10

Der SPD-Kreis Harburg beschließt zur Weiterleitung an den Landesparteitag folgenden Antrag:

Die SPD setzt sich im Senat und Bürgerschaft ein für

15

- eine schnelle Verlängerung der U4 von den Elbbrücken über den kleiner Grasbrook hinaus nach Wilhelmsburg und Harburg. Dafür sind unverzüglich die entsprechenden Planungsschritte auf ganzer Länge in die Wege zu leiten.
- eine zügige Umsetzung einer westlichen Elbquerung für die S-Bahn zwischen Altona und Bostelbek. Nach der Vorlage der Machbarkeitsstudie - ein positives Ergebnis vorausgesetzt - werden die weiteren Planungsschritte rasch vorangetrieben.

20

Für beide Strecken ist, nachdem die finanziellen Größenordnungen abgeschätzt worden sind, mit dem Bund über eine Finanzierung zu verhandeln.

Begründung

Der Lkw-Brand unter der Zweibrückenstraße hat das ÖPNV-Problem im Hamburger Süden verdeutlicht. Es fehlt an leistungsfähigen Alternativen (U4 bis Harburg und S-Bahn-Elbtunnel).

25

Die Verlängerung der U4 auf den Kleinen Grasbrook wird bereits relativ konkret geplant, das Reiherstiegviertel in Wilhelmsburg soll laut aktuellem Koalitionsvertrag in Hamburg ebenfalls angeschlossen werden. Mit diesem Tempo (alle 5 Jahre eine weitere Haltestelle) werden noch Jahrzehnte vergehen bis eine weitere leistungsfähige Schnellbahn in Harburg ankommt.

30

Eine Machbarkeitsstudie für eine weitere räumlich völlig unabhängige S-Bahn-Verbindung zwischen Bostelbek und Altona wurde nur nach äußerem Druck beauftragt. Die Hamburger Landespolitik sieht diese Verbindung allenfalls (wenn überhaupt) als sehr langfristiges Projekt.

Diese zeitliche (Nicht-)Perspektive reicht für eine Mobilitätswende bei Weitem nicht aus!

35

Sobald eine Störung auf der gegenwärtigen Bahnachse zwischen Harburg und Hamburg auftritt, haben 28,5 % der Einwohner (1,5 Mio. von 5,3 Mio.) der Metropolregion Hamburg ein Problem, das Zentrum zu erreichen. Nicht nur zum Leidwesen der allein über 150.000 Berufspendler aus Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein, die dann kaum zuverlässig ihre Arbeitsstellen oder Termine in Hamburg oder Niedersachsen erreichen. Dies gilt sowohl für die Menschen im Hamburger Süden, die im Norden arbeiten, als auch umgekehrt. Die Zustände und fehlende Redundanz nicht zuletzt auf der S-Bahnstrecke sind eine Gefahr für die weitere Stadtentwicklung, nicht nur in den

40 Bezirken, sondern für ganz Hamburg! Wer nimmt noch eine Arbeitsstelle an oder zieht in den Bezirk Harburg oder nach Wilhelmsburg, wenn die Elbquerung so unberechenbar ist?

Sowohl in Wilhelmsburg als auch in Harburg und Süderelbe werden in den nächsten Jahren überdurchschnittlich mehr Menschen wohnen. Richtigerweise wird in den nächsten 5 Jahren die vorhandene S-Bahnstrecke so modernisiert, dass dann ein 3,5-Minuten-Takt möglich wird. Ein Grundproblem bleibt jedoch, das auch für eine Erweiterung der Fern- und Regionalbahngleise gilt: Im
45 Störfungsfall gibt immer noch keine leistungsfähigen Alternativen. Ohne den oben genannten Ausbau müssten dann noch mehr Fahrgäste mit einem Schienenersatzverkehr über die Elbe gebracht werden. Will der nordelbische Teil der Metropolregion nicht nach Süden abgehängt werden, so müssen weitere Alternativen wie z. B. die U4 und eine weitere S-Bahn-Elbquerung zur Verfügung stehen. Daher müssen jetzt die Planungen für beide Projekte schnell vorangetrieben werden, damit
50 die Mobilitätswende nicht nur im Hamburger Süden möglich wird.

5

10

Bundesweites Nahverkehr-Ticket dauerhaft einführen und Ausbau des ÖPNV dauerhaft absichern

Der SPD-Kreis Harburg beschließt zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion folgenden Antrag:

15

1. Bundesweites Nahverkehr-Ticket dauerhaft einführen

Als Nachfolge-Angebot für das 9-Euro-Ticket finanziert der Bund dauerhaft zusammen mit den Ländern ein bundesweites gültiges Nahverkehr-Ticket.

Dieses Ticket soll grundsätzlich monatlich als Abo-Angebot z. B. 49 € kosten.

20

Für Schülerinnen und Schüler, Azubis, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten, sollte das monatliche Abo z. B. 29 € kosten.

Für den Gelegenheitsverkehr sollte eine Tageskarte von z. B. 9 € angeboten.

2. Ausbau des ÖPNV dauerhaft absichern

Der Bund stellt zusammen mit den Ländern weiterhin ausreichend Finanzmittel zur Verfügung, um den ÖPNV weiterhin auszubauen und sicherzustellen.

25

Dazu gehört die Instandhaltung der vorhandenen Infrastruktur und auch der Ausbau.

Auch der Ausbau des Verkehrsangebots auf Schiene, Straße und Wasser muss gewährleistet sein. Dabei ist dafür zu sorgen, dass der Personalmangel beim Fahrpersonal durch geeignete Maßnahme behoben wird und dass den Verkehrsunternehmen bei den hohen Kraftstoffpreise geholfen wird.

Begründung

30

Die Einführung des 9-Euro-Tickets hat zum einen gezeigt, dass ein attraktiver Fahrpreis Menschen in den ÖPNV lockt. Das war eine wichtige Entlastung für viele Pendler und auch Familien. Es hat auch Mobilität für Menschen ermöglicht, die sie sich normalerweise nicht hätten leisten können.

35

Zum anderen haben sich dadurch Mängel im ÖPNV offenbart, die keine Werbung waren. Wichtig ist, dass künftig Bund und Länder eine dauerhafte und auskömmliche Finanzierung des ÖPNV sowohl für den Fahrpreis als auch des Verkehrsangebot ermöglichen.

2019 wurden insgesamt in Deutschland 13 Mrd. Fahrgelder im Nahverkehr eingenommen. Mit einer Art Bürger-Ticket für monatlich 30 € (deutschlandweit im Nahverkehr gültig) könnte die bisherige ÖPNV-Finanzierung durch Fahrgelder ersetzt werden. Wird es für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und alle Beamtinnen und Beamte verpflichtend, kämen pro Jahr fast 13 Mrd. Euro zusammen. Weitere freiwillig erworbenen Fahrkarten von z.B. Schülerinnen und Schüler oder Rentnerinnen und Rentnern würden darüber hinaus Einnahmen erzielen, die für den notwendigen Ausbau des Bus- und Bahnangebotes benötigt werden.

Die verpflichtende Finanzierung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnte ggf. auch vom Arbeitgeber (mit-) finanziert werden. Hier könnten auch steuerliche Vorteile (wie z.B. Pendlerpauschale, Dienstwagenprivileg) mit einbezogen werden.

Da eine verpflichtende Finanzierung voraussichtlich zu größeren Schwierigkeiten führen könnte, wird im Weiteren eine freiwillige Lösung verfolgt. Sollten sich etwa ein Drittel aller Beschäftigten und weiterer Zielgruppen im Abo ein bundesweites Nahverkehr-Ticket kaufen, so kämen etwa 12 Milliarden pro Jahr zusammen. Für den weiteren Verlustausgleich und den Ausbau des Angebots müssten also zusätzliche öffentliche Mittel für den laufenden Betrieb bereitgestellt werden.

Zur Beseitigung der Mängel in der Infrastruktur sowie deren Ausbau müssten darüber hinaus - wie bisher auch - weitere öffentliche Finanzmittel aufgebracht werden.

In diesem Zusammenhang müssen auch Maßnahmen finanziert werden, die auch künftig für genug Fahrpersonal sorgen. Gegenwärtig fallen fast regelhaft Zug- und Busfahrten vor Allem aus gesundheitlichen Gründen aus. Dabei gehört ein verlässliches ÖPNV-Angebot zur Grundausstattung der Verkehrswende.

Zu einer ausreichenden Finanzierung des bestehenden Verkehrsangebot gehört ebenfalls, dass Finanzhilfen für die erheblichen Steigerungen bei den Treibstoffkosten bereitgestellt werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass aus Kostengründen Fahrten reduziert oder die Fahrpreise angehoben werden müssen. Beides wäre im Sinne einer Verkehrswende sehr ungünstig.

5

Stolperfallen am Deichweg in Neuenfelde beheben

10

Der SPD-Kreis Harburg setzt sich in der Bezirksversammlung dafür ein, dass der Deichweg am Neuenfelder Fährdeich erneut saniert und wieder für den Radverkehr freigegeben wird.

Begründung

15

Seit Jahrzehnten wünschten sich die Menschen in Neuenfelde (insbesondere die in der Seehofsiedlung), dass der Deichweg am Neuenfelder Fährdeich, saniert bzw. neu gepflastert werden soll. Die Arbeiten wurden schließlich 2021 durchgeführt.

Man könnte meinen, dass sich die Bürger:innen freuen. Im Gegenteil, sie sind stinksauer.

20

Im Zuge der Sanierung hat die Hamburger Hafenbehörde (HPA) das Fahrradfahren auf den Deichen verboten. Damit wurde den Menschen in Neuenfelde die einzige Radverbindung Richtung Cranz und Fähranleger in Richtung Bahnhof Altona genommen. Dies ist im Zuge der Mobilitätswende nicht nachvollziehbar.

25

Zudem zeigen sich im ersten Jahr nach den Arbeiten auf der gesamten Strecke bereits erhebliche Schäden, die auf eine nicht fachmännische Sanierung bzw. Pfusch bei der Verlegung der Sechseckpflaster hindeuten. Besonders gravierend und sichtbar sind die Schäden auf den Abschnitt Liedenkummer Bogen - Alter Fährweg!

30

Auf der gesamten sanierten Strecke rutschen die Sechseckpflaster an den Seiten ab, da sie ohne seitliche Einfassung verlegt wurden. An der alten Sietas Arbeitersiedlung brach erst kürzlich eine Deichtreppe komplett weg und Teile des Gehwegs kullerten den Deich hinunter. Aus den Fugen der Pflastersteine wächst das Unkraut, ein Hinweis darauf, dass kein Vlies als Wurzelsperre verwendet wurde.

Weggebrochene, unebene und mit Unkraut überwucherte Pflastersteine sind nicht nur nicht schön anzusehen. Dadurch können sich auch Stolper-, Rutsch- und Sturzunfälle ereignen. Eine fachmännische Sanierung ist daher dringend notwendig. Nur so kann der Deichweg wieder jahrelang gut und sicher genutzt werden.

5

Jeder Baum ein (Alp-)Traum –Prima Klima

10

Die KDV beschließt und leitet an die Bezirksfraktion weiter:

Die Bezirksfraktion möge sich dafür einsetzen, dass das Bezirksamt Harburg die Verkehrssicherheit der Bäume auf öffentlichen und privaten Grundstücken überprüft und sicherstellt, dass von Bäumen keine Gefahr durch Astabbruch oder Baumumsturz für die Bürger:innen in Harburg ausgeht und mindestens jährlich der Bezirksversammlung über die ergriffenen Maßnahmen berichten.

15

Begründung

Städtische und private Baumeigentümer:innen haften für die Verkehrssicherheit ihrer Bäume. Verkehrssicher bedeutet, dass von einem Baum keine Gefahr für Dritte ausgeht. Eigentümer:innen müssen folglich handeln, wenn der Baum augenscheinlich krank oder geschädigt ist, droht umzustürzen oder aber Äste herabfallen.

20

Durch die immer häufiger auftretenden Witterungsextreme bedingt durch den Klimawandel wächst die Wahrscheinlichkeit schwerer Sach- und Personenschäden. Bäume stellen damit eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar.

So haben die Sturmtiefe Ylenia, Sabine oder Zeynep in diesem Jahr für überdurchschnittlich viele Einsätze der Feuerwehr im Bezirk Harburg gesorgt. Zu viel Regen in kurzer Zeit führte dazu, dass der Boden extrem aufgeweicht wurde und die Bäume keinen Halt mehr hatten. Meterhohe Bäume, samt Wurzelballen kippten infolgedessen um. Davon betroffen sind nicht nur kranke, sondern insbesondere auch vitale Bäume. Drehbrüche bei belaubten Kronen, entwurzelte Baumriesen und abstürzende Äste werden zu einer unkalkulierbaren Größe für die Verkehrssicherheit.

30

Aber auch die anhaltenden Trockenperioden verringern die Vitalität der Bäume, die Anfälligkeit gegenüber Schädlingen und Krankheiten wächst und verkürzt letztendlich die Lebenserwartung der Bäume.

Hier wie bei den unmittelbaren Sturmschäden treten zudem erhebliche wirtschaftliche Verluste auf.

Um zu verhindern, dass Bäume Sachschäden verursachen oder Menschen verletzen – und um private und öffentliche Baumeigentümer vor Haftungsansprüchen zu bewahren, sollte das das Bezirksamt den Kontrollaufwand auf öffentlichen und privaten Grundstücken erhöhen und sofern erforderlich, die notwendigen Baumpflegemaßnahmen ergreifen.

35

5

10 **Harburger S-Bahnstrecke besser schützen und Konzept für S-Bahnersatz vorhalten**

Der SPD-Kreis Harburg beschließt zur Weiterleitung an den Landesparteitag folgenden Antrag:

Die SPD setzt sich im Senat und Bürgerschaft ein, dass

- 15
- Maßnahmen ergriffen werden, die die Harburger S-Bahnstrecke zwischen Hauptbahnhof und Neugraben vor Störungsfällen besser schützt. Im Sachverhalt sind beispielhaft Hinweise enthalten.

- der Regelbetrieb bald möglichst mit folgenden Maßnahmen ausgebaut wird:

20 1. Halt aller RE5-Züge (Hamburg – Cuxhaven) in Neugraben

2. Verlängerung der Buslinie 13 (Kirchdorf Süd – bisher S Veddel) bis US Elbbrücken

3. Einrichtung neuer X-Buslinien wie z. B.:

- 25
- S Neugraben – S Neuwiedenthal – A7 – Bf. Altona,
 - Eißendorf – Harburg – B75 – US Berliner Tor,
 - Sinstorf – Wilstorf – B75 – US Berliner Tor

- Ersatzkonzepte regelhaft erarbeitet werden und so - gut vorbereitet - im Störfall schnell umgesetzt werden z. B.:

- 30
- Freigabe der Fernzüge zwischen Harburg und Hamburg für alle hvv-Fahrgäste,
 - zusätzlicher Halt der ICE-Züge Richtung Frankfurt in Harburg
 - zusätzliche Züge zwischen Harburg und Hamburg,
 - ggf. Umstellung der genannten X-Buslinien für um einen Schienenersatzverkehr

35 **Sachverhalt**

Der Lkw-Brand unter der Zweibrückenstraße hat das ÖPNV-Problem im Hamburger Süden drastisch verdeutlicht. Es fehlt an leistungsfähigen Alternativen (U4 bis Harburg und S-Bahn-Elbtunnel). Solange diese nicht in Betrieb sind, muss die bestehende Strecke besser geschützt werden, der Regelbetrieb ausgebaut und Ersatzkonzepte vorgehalten werden, die im Störfalle sehr schnell umgesetzt werden können.

40

An Über- oder Unterführungen könnten möglicherweise Sprinkleranlagen installiert werden, die einen Brand schnell löschen können und damit Schäden an der S-Bahnstrecke relativ klein halten. Auch sollte geprüft werden, ob ein ausreichend dimensionierter Anprallschutz vor Brücken und anderen wichtigen Bauwerken (z. B. Gleichrichterwerken, Signaltechnik etc.) vorhanden ist. Des Weiteren
45 sollte die S-Bahnstrecke vorausschauend auf weitere Störereignisse wie z. B. Starkregen oder Überschwemmungen untersucht werden, ob mit entsprechenden Maßnahmen mögliche Schäden abgewendet oder zumindest reduziert werden können.

Darüber hinaus sollte der weitere Ausbau des Verkehrsangebots im Regelbetrieb relativ kurzfristig umgesetzt werden. Ein Baustein wäre ein zusätzlicher Regelhalt des RE5 (Hamburg – Cuxhaven) in
50 Neugraben. Dies entlastet die S-Bahn-Linien S3/31 und bietet zusätzlich eine Alternative zur S-Bahn, die im Störfall sofort zur Verfügung steht.

Weitere neue X-Buslinien wie z. B. zwischen Neugraben, Neuwiedenthal und Altona sowie von Eißendorf – Harburg bzw. Sinstorf – Wilstorf zum Berliner Tor entlasten grundsätzlich die S-Bahn und
55 böten im Störfall ebenfalls schnell gute Ersatzverbindungen. Mit der Einrichtung von Pop-Up-Busspuren im Elbtunnel oder der B75 würden die ÖPNV-Fahrgäste am Stau vorbeifahren können.

Nach der gravierenden Störung mit dem Lkw-Brand hat es relativ lang gedauert bis Ersatzkonzepte in Betrieb gegangen sind. Das ist grundsätzlich verständlich, da in den Hauptverkehrszeiten bisher kaum Fahrzeug- und Personalreserven vorhanden sind. Daher sollte der Regelbetrieb ausgebaut werden. Bei einer Großstörung könnten diese Busse ggf. auch auf kürzeren Strecken sehr schnell einen
60 Schienenersatzverkehr ermöglichen. Die Öffnung der Fernzüge für hvv-Fahrgäste, die Verlängerung der Linie 13 (Kirchdorf Süd – S Veddel) zu den Norderelbbrücken waren beispielhaft sinnvolle Bausteine, um eine Verbesserung zu erreichen. Angesichts der sehr hohen Fahrgastnachfrage waren die getroffenen Maßnahmen nicht ausreichend. So könnte mit einem zusätzlichen Halt in Harburg der ICE-Züge Richtung Frankfurt die Kapazität vor allem am Nachmittag deutlich angehoben werden.
65 Die dann entstehende Verspätung von etwa 3 Minuten könnte im weiteren Fahrtverlauf aufgeholt werden.

Durch die verkürzte S31 werden etwa 10 Kurzzüge (3 Wagen) nicht benötigt. Diese Züge könnten grundsätzlich für einen Pendelverkehr zwischen Harburg und Hauptbahnhof auf den Fernbahngleisen eingesetzt werden. Für den S3-Betrieb zwischen Hammerbrook und Pinneberg müssen keine 2-
70 Strom-Züge zum Einsatz kommen. Mit einem entsprechenden Tausch können so 3 S-Bahn-Langzüge (9 Wagen) auf der Fernbahn zum Einsatz kommen. Mit einer Fahrzeit von maximal 15 Minuten pro Strecke könnte mit den 3 Zügen bis zu 4 Bahnfahrten mehr pro Stunde angeboten werden; vorausgesetzt es gibt freie Trassen. Diese Prüfung sollte regelmäßig für den Fahrplan vorgenommen werden. In den Hauptverkehrszeiten wird es möglicherweise schwieriger als in den übrigen
75 Zeiträumen. Mit einem Freihalten dieser Trassen könnten sehr kurzfristig deutlich mehr Kapazitäten geschaffen werden als jeder Schienenersatzverkehr mit Bussen es zu leisten vermag. Auch würden die Regional- und Fernzüge deutlich entlastet.

10 **Umwidmung der Taxistände in der Barlachstraße zu Ladestationen für E-Autos**

Die KDV beschließt und leitet an die Bezirksfraktion weiter:

15 Die Bezirksfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Taxistände in der Barlachstraße Ecke Eißendorfer Straße umgewidmet werden zu Ladestationen für Elektroautos.

Begründung

20 Die Taxistände in der Barlachstraße stammen noch aus der Zeit als das Allgemeine Krankenhaus Harburg und das ehemalige Gesundheitsamt sich noch in der Eißendorfer Straße waren. Zwischenzeitlich sind beide Einrichtungen umgezogen und es besteht kein Bedarf mehr für die Taxistände. Um die Elektromobilität zu fördern, brauchen wir auch im Marienviertel eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Im Marienviertel gibt es derzeit jedoch nur zwei öffentlich zugängliche Elektroladestationen in der Julius-Ludowieg-Straße (Höhe Knoopstraße) und Eißendorfer Straße (Höhe Lübbersweg). Das ist angesichts der hohen Bevölkerungsdichte nicht nachvollziehbar und motiviert die Bewohner:innen nicht zum Umstieg auf Elektroautos.

5

Ringbahn schnellstmöglich – Machbarkeitsstudie sofort!

10

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Harburg möge zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag beschließen:

Forderung

- 15 Die SPD Hamburg möge sich dafür einsetzen, dass eine S-Bahn-Verbindung in Ergänzung der jetzigen S3/S31 von Neuwiedenthal parallel zu den Hafengebaisgleisen, dann unter der Elbe bis nach Altona geschaffen wird. Aktuell wird mit einer Machbarkeitsstudie an der TU Hamburg geprüft, mit welchen Kosten und mit welcher genauen Streckenführung eine solche dringend notwendige Verbindung
- 20 Öffentlichkeit vorgelegt werden. Hierfür ist eine Frist zu nennen, wann die Ergebnisse vorliegen bzw. wann die Studie abgeschlossen ist. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sind schnellstmöglich der Bevölkerung vorzustellen.

Begründung

- 25 Das LKW-Unglück an der S-Bahn-Station Harburg hat den Menschen nicht nur in Harburg gezeigt, wie wichtig ein weiterer Übergang über die Elbe für den schienengebundenen Personennahverkehr ist. Aktuell wird geprüft, unter welchen finanziellen Bedingungen diese dringend notwendige Verbindung realisiert werden kann. Weder die Ergebnisse noch ein Zeitrahmen, bis wann die Studie fertig sein soll, sind der Öffentlichkeit bekannt. Wir sind es den Pendler*innen schuldig, diese vollumfänglich
- 30 über den Sachstand zu informieren. Wir nehmen ein gesteigertes Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Infoständen und auf Veranstaltungen wahr. Ringbahn für die jetzige S3/S31 ist keine Alternative zur U4-Verlängerung, sondern eine dringend notwendige Ergänzung.

5

Sitzbank in Hundeauslaufzone Neuwiedenthal

10

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Harburg möge zur Weiterleitung an die Bezirksfraktion beschließen:

Forderung

15 Die SPD-Bezirksfraktion in Harburg soll sich dafür einsetzen, dass, dem eindeutig formulierten Willen der Bürgerinnen und Bürger entsprechend, eine Sitzgelegenheit innerhalb der Umzäunung der Hundeauslauffläche nahe der S-Bahnhaltestelle Neuwiedenthal (Rehrstiege) aufgestellt wird.

Begründung

20 Bereits vor einigen Monaten wurde eine Sitzgelegenheit innerhalb der in der Forderung genannten Umzäunung aufgestellt. Unserer Kenntnis nach ist dies auf Initiative der Bezirksfraktion geschehen, nachdem eine Bürgerinitiative Unterschriften gesammelt hatte. Allerdings hatte die Bezirksversammlung beschlossen, dass diese Sitzgelegenheit außerhalb der Umzäunung stehen sollte, da man befürchtete, die Bank könne „Alkohol trinkende Menschen vom S-Bahnhof anlocken, und dann könnten sich die Hunde an den Scherben verletzen“ (Zitat F. Richter, MOPO v. 30.06.2022).

25 Die Bank wurde also irrtümlich innerhalb der Umzäunung aufgestellt und dann nach einigen Wochen von dort wieder entfernt und außerhalb aufgebaut. Es wurden dabei zwei tiefe Löcher hinterlassen, in welchen die Erdanker steckten und welche notdürftig gefüllt wurden.

Die Bürgerinnen und Bürger haben verlauten lassen, dass ihnen eine Bank außerhalb der Umzäunung nichts nütze und außerdem sie selbstverständlich – wenn vorhanden - die Scherben entfernen

30 würden. Ferner wunderten sie sich, warum die Bank dann nicht einfach innerhalb der Umzäunung stehen bleiben durfte, wo sie doch ohnehin schon da stand. Die MOPO zitiert F. Richter: „Die hätte da auch bleiben können, wenn sie schon mal da war.“, und „Es gibt einen Beschluss, den nur die Bezirksversammlung ändern kann. Jetzt ist aber bis September Sommerpause“.

Da nun September ist, wollen wir der Forderung der Bürgerinitiative nachkommen und eine weitere

35 Bank innerhalb der Umzäunung aufstellen. Wir fordern aus dem Grund eine zweite Bank, und nicht die erneute Verlegung der Ersten, weil diese ja nun den Alkohol-trinkenden Menschen dienen kann.

Wir, die Jusos Harburg, haben uns die Situation vor Ort angeschaut und mit Nutzerinnen und Nutzern der Auslauffläche gesprochen. Die Situation ist für die SPD Harburg unserer Auffassung nach hochpeinlich und sollte schnellstmöglich zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen. Wir

40 zweifeln nicht am guten Willen der Bezirksfraktion und auch nicht daran, dass Irrtümer geschehen. Dennoch, um weiteren Schaden zu vermeiden, sollte dem Willen der Bürgerinnen und Bürger stattgegeben werden. Einen Austausch mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern empfehlen wir ausdrücklich.

5

Carsharing zur Alternative machen

10

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Hamburg-Harburg möge zu Weiterleitung an die Bezirksversammlung beschließen:

Forderung

15 Im Bezirk soll an zentralen Orten, sowie in der Nähe von größeren Mehrfamilienhäusern und Gegenden mit hoher Bevölkerungsdichte ein Angebot für Carsharing vorhanden sein. Dies soll bei Planungen größerer Wohnungsbauprojekte berücksichtigt werden. Die Verfügbarkeit von Carsharing Parkplätzen soll überall im Bezirk erhöht werden.

Begründung

20 Die Verkehrswende ist bereits im vollen Gange, aus der Notwendigkeit des Klimaschutzes heraus. Gleichzeitig wächst der Stadtteil und es werden vielerorts neue Wohnhäuser gebaut, viele davon als Mehrfamilienhäuser. Bei diesen ist ab einer gewissen Größe Pflicht, dass 30% aller Wohnungen sozial gefördert werden müssen. Menschen, die hierauf angewiesen sind, können sich ggf. kein eigenes Auto leisten, andere wollen es nicht, aber brauchen in wenigen Fällen trotzdem eins. In solchen
25 Fällen stellt Carsharing eine kostengünstige und ökologische Alternative dar.

Für Stadtteile wie Neugraben-Fischbek gibt es an zentralen Orten (z.B. um den Neugrabener Markt) kein Angebot, obwohl der Stadtteil stetig wächst und auch dort im unmittelbaren Einzugsgebiet Mehrfamilienhäuser gebaut werden. In zentraleren Stadtteilen, wo allgemein Parkplatzmangel herrscht, ist es für Nutzer von Carsharing Angeboten oft sehr schwierig das Auto auch wieder
30 abzustellen. Dieser Umstand macht das Prinzip Carsharing deutlich weniger attraktiv für Nutzerinnen und Nutzer.

5

Klimaschutz und Denkmalschutz

10

Die Kreisdelegiertenkonferenz möge zur Weiterreichung an den Landesparteitag beschließen:

Forderung

15 Die Bürgerschaftsfraktion, sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
aufgefordert, den Denkmalschutz derart zu überarbeiten, dass in Streitfällen, in welchen eine dem
Klimaschutz dienliche Maßnahme vom Eigentümer:innen und/oder Mieter:innen einer unter
Denkmalschutz stehenden Immobilie, oder einer Immobilie in der Nachbarschaft eines unter
Denkmalschutz stehenden Objektes, zugunsten der Eigentümer bzw. Mieter und im Sinne des
20 Klimaschutzes entschieden wird. Substanzielle Veränderungen sind dabei auszuschließen bzw. mit
dem Denkmalschutzamt abzustimmen. Formell soll der Denkmalschutz bestehen bleiben und der
Originalzustand im Falle eines Rückbaus wieder herzustellen.

Begründung

25 Denkmalschutz ist wichtig. An dieser Prämisse soll sich nichts ändern. Allerdings gehört dazu im
übergeordneten Sinne auch der Klimaschutz, denn nur auf einem lebensfreundlichen Planeten
spielen Denkmäler eine Rolle.

30 Es gibt Situationen in welchen vollkommen legitime Interessen des Denkmalschutzes mit denen des
Klimaschutzes kollidieren. Beispielsweise ist die Installation einer Solaranlage auf dem Dach oder
Balkon eines geschützten Hauses eine Modifikation des Erscheinungsbildes. Allerdings können solche
Solaranlagen einen bedeutenden Beitrag zur Energiewende leisten und sie stellen für die jeweiligen
Nutzer:innen oft eine wirtschaftlich sinnvolle Investition dar. Wir erkennen diesen Konflikt der
Interessen an.

35 Aus diesem Grund muss im Konfliktfall eine Richtlinie existieren, nach welcher zwischen Eigentümer
bzw. Mieter und Denkmalschutzamt geschlichtet wird. Wir schlagen, zum beschleunigten Fortschritt
der Energiewende vor, dass in solchen Fällen, sofern begründbar, im Sinne des Klimaschutzes
entschieden werden soll.

Beispiele für ähnliche Umsetzungen finden sich z.B. in Kassel.

5

Abschließbare Fahrradboxen

10

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Harburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag beschließen:

Forderung

15 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass an geeigneten Stellen, auch abseits der Verkehrsknotenpunkte, abschließbare Möglichkeiten zur Unterstellung von Fahrrädern verfügbar sind. Zugangsberechtigung soll über eine App bzw. eine NFC-Identifikation (z.B. Personalausweis) erfolgen. Lademöglichkeiten für E-Bikes sind zu prüfen und ggf. zu installieren.

Begründung

20 Das Fahrrad spielt in der Verkehrswende eine entscheidende Rolle. Vielerorts werden schon Maßnahmen ergriffen um die Fahrradinfrastruktur in Hamburg zu verbessern. Allerdings muss für die Nutzung eines Fahrrads auch dessen sichere und trockene Unterstellung gewährleistet werden können. In einigen älteren Mehrfamilienhäusern wird dies problematisch. Entweder gibt es keine geeigneten Abstellräume, sodass die Fahrräder störenderweise im Flur geparkt werden, oder man ist
25 gezwungen sie über teils unwegsame Treppen im Keller zu lagern, was die dauerhafte Nutzung unattraktiv macht.

Dieses Problem ist nicht überall gleich stark ausgeprägt. Gerade in Neubaugebieten ist der Bedarf geringer. Jedoch dort wo der Bedarf gegeben ist, kann die Möglichkeit, eine abschließbare und überdachte Fahrradbox zu bekommen, die Lebensqualität der Anwohner entscheidend verbessern.

30 Dies zeigt sich in Stadtteilen wie Eimsbüttel seit Jahrzehnten, wo achteckige Fahrradschuppen das Bild vieler Straßen prägen. Die Möglichkeit das Fahrrad öfter zu nutzen, ist besonders für einkommensschwächere Personen und Haushalte eine Entlastung gegenüber der weitaus kostenintensiveren Nutzung eines PKW.

35 Die Zugangsberechtigung zu solchen Fahrradboxen sollte durch eindeutige Identifikation erfolgen, zum Diebstahlschutz. Identifikation kann über eine App oder andere NFC-Lösungen erfolgen (z.B. e-Personalausweis).

Eine Anleitung zur Nutzung der Boxen soll an deren Außenseite sichtbar angebracht werden.

5

Müllentsorgung erleichtern

10

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Hamburg-Harburg möge zur Weiterleitung an die Bezirksversammlung beschließen:

Forderung

15 Es müssen mehr Altpapier-, Altglas- und Elektroaltgeräte-Container aufgestellt werden, sodass 1. Die Wegstrecke zum nächstgelegenen Container für mobilitätseingeschränkte Menschen zumutbar ist, 2. die Überfüllung der vorhandenen Container reduziert wird. Wo die Möglichkeit besteht, sollen die Container unterirdisch sein, auch um die Kapazität zu erhöhen.

Begründung

20 Die Entsorgung von Altpapier, Altglas und Elektroaltgeräten muss für alle einfach sein. Zwar gibt es mit der blauen Tonne die Möglichkeit der Entsorgung von Altpapier vor Ort, allerdings ist diese nicht überall und gerade bei Mehrfamilienhäusern oft nicht gegeben. Für Altglas und Elektroschrott gibt es keine eigene Tonne, sodass beides oft im Restmüll landet. Zwar nehmen Supermärkte inzwischen Elektroschrott an, wenn sie selbst Geräte verkaufen, und Glasflaschen sind mittlerweile praktisch
25 ausschließlich pfandpflichtig, allerdings nutzen a) nicht alle Menschen die Rückgabemöglichkeiten und b) gibt es dennoch auch Glasgefäße, für die kein Pfand genommen wird.

Die genannten Arten von Müll sind oft schwer und dementsprechend beim anfallenden Volumen schwierig zu transportieren. Niemand sollte auf ein Auto angewiesen sein um Abfall, der naturgemäß
30 anfällt zu entsorgen. Von daher ist, insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen, wichtig, dass die Wegstrecken zum nächsten Container zu bewältigen sind.

Insbesondere in Gegenden mit hoher Bevölkerungsdichte, sind die vorhandenen Mülltonnen, einschließlich derer die zu den Häusern gehören oft nicht ausreichend. Container sind oft überfüllt. Insbesondere für Altglas gibt es keine gesonderte Tonne und einige Mehrfamilienhäuser bieten keine Möglichkeit zur Mülltrennung. Gerade Pappe und Glas sind allerdings sehr gut recyclebar, sodass es
35 neben dem sozialen Aspekt auch noch einen ökologischen Vorteil brächte mehr Container aufzustellen.

5

Kein Weg für Einweg

10

Die Kreisdelegiertenversammlung der *SPD Hamburg-Harburg* möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der *SPD Hamburg* und den Bundesparteitag der *SPD* beschließen:

Forderung

15 Die Herstellung, der Verkauf und der Erwerb von Einweg-Elektro- und -Elektronikgeräten, die zur einmaligen Benutzung bestimmt sind, – insbesondere von sogenannten Einweg-E-Zigaretten – sollen innerhalb der *Bundesrepublik Deutschland* und der gesamten *Europäischen Union* verboten werden. Ausnahmen sollen ausschließlich für Geräte erteilt werden, die wichtig für die Sicherheit von Menschenleben und die Arbeit im Gesundheitswesen sind.

Begründung

20 Energie und elektronische Ressourcen werden immer knapper und teurer. Der verschwenderische Konsum von Einweg-Elektro- und -Elektronikgeräten schadet nicht nur der Wirtschaft, sondern auch nachhaltig der Natur. Zum Beispiel befinden sich in sogenannten Einweg-E-Zigaretten aufgeladene Akkus. Die gespeicherte Energie wird oft nur zu wenigen Prozent verbraucht und meist mit dem Speichermedium entsorgt. Die verarbeiteten Bestandteile wie Lithium, Kobalt, Kupfer, Mangan und Graphit sind nicht nur wichtige Ressourcen für viel eher benötigte Elektrogeräte, ihre Gewinnung ist auch sehr aufwendig und umweltschädigend. Daher ist es im Sinne des Klimaschutzauftrags die
25 Pflicht der Bundesregierung der Verschwendung entgegenzuwirken und Maßnahmen zu ergreifen.

5

Hamburg geht ein Licht auf!

10

Die Kreisdelegiertenversammlung der *SPD Hamburg-Harburg* möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der *SPD Hamburg* beschließen:

Forderung

15

Auf von direktem Sonnenlicht betroffenen Straßenlaternen, Autobahnverkehrsschildern, überdachten Bushaltestellen und Eingängen von Unterführungen in der *Freien und Hansestadt*

Hamburg sollen Paneele zur Gewinnung von Solarenergie installiert werden, um den gewonnenen elektrischen Strom dem Hamburger Stromnetz zuzuführen.

Begründung

20

Energie wird immer teurer und die globale Erwärmung nimmt stetig zu. Die Sommer werden unentwegt heißer und nicht nur diese: Die gemessene Höchsttemperatur in Hamburg lag im Jahr 2022 bei über **40 °C**. Das ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass die Sonneneinstrahlung durchgehend intensiver wird. Das stetige Steigen der Temperaturen in Hamburg führt unausweichlich zu einem höheren Verbrauch von elektrischer Energie. Klimaanlage, Luftbefeuchter, Ventilatoren, Kühlschränke, Tiefkühltruhen und viele weitere strombetriebene Elektrogeräte kommen vermehrt in den konstant heißer werdenden Sommern zum Einsatz, um den schwitzenden Bürgern Hamburgs Abhilfe zu verschaffen. Durch die fortwährende Digitalisierung in den meisten Berufsgruppen werden immer mehr Arbeitsplätze mit Computern aufgerüstet. Eben jene Geräte verfügen über integrierte Lüftungseinheiten, die für die Kühlung der internen Komponenten zuständig sind, da sich diese durch Nutzung des Computers stark erhitzen. Wenn die generelle Zimmertemperatur im Sommer zunimmt, werden die im Computer verbauten Komponenten noch heißer als üblich, wodurch die integrierten Lüftungseinheiten intensiver arbeiten und somit auch mehr Energie verbrauchen.

25

30

35

Also warum nicht das naturbelastende Problem der globalen Erwärmung zum Vorteil machen und die immense Sonnenenergie speichern? Nutzen wir die Energie eben jener Sonne, die uns so arg schwitzen lässt, um damit Ventilatoren und Klimaanlage zu speisen, die wir ohne das heißer werdende Zutun der Sonne gar nicht erst so stark in Anspruch nehmen müssten. Jedes Bisschen energetische Entlastung für unser Stromnetz ist förderungswert und sollte zumindest als ernsthafte Bereicherung in Betracht gezogen werden. Daher ist es erstrebenswert, die Hamburger Innenstadt mit Solarpanelen aufzurüsten, damit unsere Heimat für die Zukunft gewappnet ist.

5

10 **Nachnutzung des Sietas Geländes und Sicherung des Industriestandorts
Neuenfelde**

Der SPD-Kreis Harburg beschließt zur Weiterleitung an den Landesparteitag folgenden Antrag:

15 Die SPD setzt sich im Senat und Bürgerschaft für eine Nachnutzung des Geländes der Pella Sietas
Werft ein und sichert die Zukunft des Industriestandortes Neuenfelde. Dabei müssen Bedingungen
geschaffen werden, damit der Industriestandort Neuenfelde langfristig genutzt wird und in der
Region Neuenfelde wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

20 **Begründung**

Nach der Insolvenz von Deutschlands ältester Werft, Pella Sietas (gegründet 1635), stand die Zukunft
des Werftbetriebes Sietas auf dem Spiel. Nun ist klar, der Werftbetrieb Sietas findet nach 387 Jahren
wohl sein Ende. Der Industriestandort Neuenfelde, besteht nicht nur aus der Pella Sietas Werft,
sondern auch aus anderen Unternehmen, die auf dem benachbarten Gelände der Neuenfelder
25 Maschinenfabrik ihren Sitz haben. Diese Unternehmen nutzen zusammen mit Unternehmen
außerhalb Neuenfeldes, das Gelände der Pella Sietas Werft und setzten dort ihre Konzepte um.
Neuenfelde und das Sietas Areal bieten zusammen mit dem Wasseranschluss an Este und Elbe ein
riesiges Potential für eine gute Innovative Nachnutzung. Für die Sicherung des Industriestandortes
Neuenfelde muss die Schiffbarkeit der Este gewährleistet werden. Die Fähre Cranz-Blankenese, kann
30 nur zu Hochwasserzeiten nach Cranz durchfahren und hält sonst am Anleger Sperrwerk Neuenfelde,
oder fährt direkt von Blankenese in Richtung Finkenwerder und zurück. Für die Stabilität in der
Region, muss sich Hamburg auch in Verantwortung sehen und schon davor eingreifen bevor es
wieder zu einem Fall kommt, wie der Havarie des Este Sperrwerks oder dem Ausdocken des
Saugbaggerschiffes Osteriff von Pella Sietas Die Zukunft hängt mit dem Wasser zusammen, halten wir
35 das Wasser frei, so sichern wir die Fahrinne der Este.